

## Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Harald Meußgeier

Abg. Jenny Schack

Abg. Gerd Mannes

Abg. Florian Köhler

Abg. Josef Lausch

Abg. Martin Behringer

Abg. Florian von Brunn

Abg. Matthias Vogler

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 11** auf:

**Gesetzentwurf der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**zur Änderung der Bayerischen Bauordnung**

**hier: Vollständige Aufhebung der sogenannten 10H-Abstandsregelung**

**(Drs. 19/8721)**

**- Zweite Lesung -**

Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herr Abgeordneter Martin Stümpfig.

**Martin Stümpfig (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die 10-H-Regelung war einer der größten Fehler der Bayerischen Staatsregierung.

(Beifall bei den GRÜNEN – Widerspruch bei der CSU)

Das Gesetz zur Windkraftverhinderung 10 H besteht aber immer noch fort, weil es CSU und FREIE WÄHLER einfach nicht schaffen zu sagen: Das war ein Fehler, und wir nehmen das zurück. – Dieses Relikt aus wirklich unrühmlichen Zeiten richtet heute noch viel Schaden an. Deshalb bringen wir heute unseren Gesetzesentwurf ein.

Warum ist dieser Gesetzentwurf wichtig? – Weil durch das Rumpfgesetz 10 H Windräder, auch wenn es einen besseren Standort gibt, zum Beispiel vor dem Wald auf einer Ackerfläche, in den Wald hinein verschoben werden. Wenn eine Fläche vor dem Wald besser geeignet wäre, ist es sinnlos zu sagen: Nein, das Windrad muss in den Wald, weil wir das so festgesetzt haben. Wir von der CSU und den FREIEN WÄHLERN wollten nur, dass der Wald privilegiert ist und nichts anderes. – Das macht einfach keinen Sinn und muss jetzt endlich abgeschafft werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Überall dort, wo wir noch keine gültigen Regionalpläne haben – das betrifft den bayerischen Süden, im Norden sieht es deutlich besser aus – wird durch 10 H heute noch massiver Schaden angerichtet. Im Wirtschaftsausschuss haben wir über die Petition aus der Gemeinde Laberweinting in Niederbayern, Regionaler Planungsverband Donau-Wald, beraten. Drei Projektierer haben unabhängig voneinander Projekte gestartet: Der eine plant 5 bis 6 Windräder, der andere 6 bis 7, der nächste auch noch einmal so viel um diese Ortschaft herum. Dabei gibt es keinerlei Steuerung. Der Regionale Planungsverband sagt: Er ist machtlos, weil es das 10-H-Gesetz gibt und die Flächen im Wald privilegiert sind. – Diese Steuerung könnten Sie den Planungsverbänden ermöglichen. Meine Fraktion und ich sind Fans der Windkraft; aber es muss gut gesteuert sein. Sie gehen mit dieser 10-H-Rumpfregelung den falschen Weg.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben ein Chaos bei der Aufteilung der Windkraftflächen. Bleiben wir noch beim Regionalen Planungsverband Donau-Wald: Da hat jetzt Wirtschaftsminister Aiwanger gesagt – die Bänke der Ministerinnen und Minister sind heute relativ leer –, wir teilen es auf, sodass Donau-Wald nur 1,4 % der Fläche braucht. Aber er hat es unverbindlich gehalten. Er hat mal so im Vorbeigehen gesagt, dass es irgendwo in einem Schreiben drinsteht. Es ist nicht verbindlich. Der Regionale Planungsverband Donau-Wald plant weiter mit 1,8 % und kommt aus diesem Dilemma einfach nicht heraus.

Gleichzeitig macht der Wirtschaftsminister schlaue Sprüche in Richtung Berlin, sie sollen doch jetzt einmal bei den Flächenzielen vorankommen. Wenn man vor der eigenen Haustür nicht kehren kann, braucht man auch keine schlaunen Sprüche in Richtung Berlin klopfen. Das ist wirklich sehr durchschaubar und eine schlechte Politik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ähnlich ist es mit der Sonderausschreibung. Wir haben im Januar noch einen Antrag zur Sonderausschreibung Süd eingereicht, den Sie von CSU und FREIEN WÄHLERN abgelehnt haben. 14 Tage später ist Ihnen eingefallen: Menschenskinder, die Windkraftanlagen in Bayern haben wirklich ein Problem. Sie kommen nicht in die Ausschreibung rein. Wir brauchen eine Sonderausschreibung. – Sie haben es nicht verstanden, dass wir das für den Süden brauchen; denn genau der Norden ist momentan das Problem. Wir haben noch einmal eine Studie dazu bekommen, die erst letzten Donnerstag erschienen ist, dass man allein durch mehr Windräder im Süden 1,9 Milliarden Euro Redispatch-Kosten pro Jahr sparen könnte, 1,9 Milliarden Euro, wenn Bayern endlich in die Pötte käme und hier den Windkraftausbau vorantreiben würde.

Sie haben jetzt zumindest schon einmal eine Sonderausschreibung im Bundesrat thematisiert. Das ist jetzt im Wirtschaftsausschuss gelandet. So etwas nennt man Beerdigung zweiter Klasse. Sie hätten auch die Möglichkeit, dies in der Bundesregierung tatkräftig voranzubringen. Das machen Sie aber nicht. Sie machen es über den Bundesrat. Da ist es jetzt irgendwo im Ausschuss. Dann kann man sagen: Wir haben doch etwas gemacht. – Das ist einfach viel zu wenig. Daher sagen wir ganz klar, dass wir jetzt endlich tatkräftige Aktionen bei der Windkraft brauchen.

Genauso ist es mit dem Netzpaket, das Sie auf Bundesebene planen. Das würde wirklich den bayerischen Windkraftanlagen und auch den Solaranlagen den Strom abdrehen. Dann würde gar nichts mehr gehen. Es geht genau um die Novelle des EEG. Deswegen sagen wir ganz klar: Stellen Sie endlich die Weichen in Richtung erneuerbare Energien, in Richtung konsequenter Windkraftausbau. Schaffen Sie als ersten Punkt – das kann ja wirklich nicht allzu schwer sein – diese 10-H-Regelung ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Herr Kollege, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Dazu hat der Abgeordnete Harald Meußgeier, AfD-Fraktion, das Wort.

**Harald Meußgeier (AfD):** Herr Kollege Stümpfig, Sie wollen die 10-H-Regelung abschaffen. Das heißt dann, dass man die Windräder so nah wie möglich an den Wohnraum stellen kann. Ich zum Beispiel wohne in einer Gegend, in der Windräder stehen. Die sind glücklicherweise noch unter diese 10-H-Regel gefallen. Selbst die Anwohner, die in Distanz wohnen, haben massive Beschwerden, vor allem im Sommer. Sie können nachts wegen des Lärms der Windräder nicht schlafen. Wie stellen Sie sich das vor? Sind Ihnen die Menschen egal? Geht es nur darum, Ihr Lieblingswerk, das Windrad, hier aufzustellen, das keinen Nutzen für die Menschheit bringt?

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Bitte, Herr Kollege.

**Martin Stümpfig (GRÜNE):** Wir haben in Bayern die Regelung, dass die Steuerung der Windkraft über Regionalpläne läuft, wie Sie vielleicht wissen. Wenn der Regionalplan gültig ist, hat die 10-H-Regelung sowieso keine Kraft mehr. Der Punkt ist jetzt, die Regionalpläne zu beschleunigen. Es geht um die Privilegierung der Windräder im Wald und darum, was ich gerade mit Laberweinting vorgestellt habe: Wir wollen nicht, dass man hier drei Projekte unabhängig voneinander hat, die alle nur in den Wald geplant werden, und dass überhaupt keine Steuerung mehr vorhanden ist. Das ist einfach der falsche Weg, weil die Staatsregierung es hier falsch aufsetzt. Wir haben über die Regionalpläne eine ganz klare Steuerung, wohin es geht, und in diesem Gesetzentwurf ist es auch deutlich erklärt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Danke schön, Herr Kollege. – Nächste Rednerin ist für die CSU-Fraktion die Abgeordnete Jenny Schack. Bitte, Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

**Jenny Schack (CSU):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten hier heute in Zweiter Lesung den Gesetzentwurf der GRÜNEN zur vollständigen Aufhebung der 10-H-Abstandsregelung für Windenergieanlagen in Bayern. Ich sage es gleich zu Beginn: Wir werden dem Gesetzentwurf auch bei der Zweiten Lesung nicht zustimmen. Er überzeugt uns nicht – ich will es im Folgenden darlegen –, weil wir ihn weder als zielführend noch als inhaltlich weiterbringend ansehen. Vor allem sehen wir darin ein kleines Bürokratiemonster – ich muss es einmal sagen –, das sich aufbauen würde. Ich sehe nicht, warum wir das installieren sollten, wenn wir eh schon vor der Zielgeraden stehen.

(Johannes Becher (GRÜNE): Regeln abzuschaffen, wäre gut!)

– Darauf komme ich noch. Dann nehme ich das noch gleich mit. Darauf würde ich noch gern eingehen. – Aber lassen Sie mich zunächst einmal in Erinnerung rufen, worum es sich bei der 10-H-Regelung überhaupt handelt. Die Regelung besagt, dass eine Windenergieanlage grundsätzlich einen Mindestabstand zur Wohnbebauung haben muss, und zwar das Zehnfache der Höhe einer Anlage. Ein einfaches Rechenbeispiel: Wenn eine Anlage 200 Meter hoch ist, muss der Abstand zum nächsten Wohnhaus oder zur nächsten Wohnbebauung rund 2 Kilometer betragen. Der Hintergrund ist – wir haben es gerade auch gehört –, dass es eine Schutzregelung für die Menschen vor Ort ist. Das heißt, wir wollen Menschen davor schützen, dass ihnen sozusagen eine Anlage vor die Nase gesetzt wird. Windenergieanlagen können Auswirkungen haben – das wissen wir – wie Lärm, Schattenwurf und natürlich auch eine bestimmte, wenn man so will, massive optische Präsenz, und das in einem unmittelbaren Wohnumfeld. Deswegen stellt die Abstandsregelung sicher, dass der Ausbau der Windkraft nicht unkontrolliert, sondern für alle nachvollziehbar geschieht.

Natürlich – das habe ich beim letzten Mal auch erwähnt, aber ich möchte es gerne noch einmal sagen – sind wir lernfähig. Es ist nicht so, dass es irgendwann einmal ein Gesetz gibt, und dann ist "Ende Gelände", und es ist für alle Zeiten so. Natürlich können wir auch nachjustieren, und das haben wir getan, auch bei der 10-H-Regelung

in den vergangenen Jahren. Wir haben sie im Jahr 2022 deutlich flexibilisiert. Wir haben dann noch auf Situationen geschaut, in denen geringere Abstände vielleicht sinnvoll oder sogar vertretbar sind. Dazu gehören unter anderem Vorrang- und Vorbehaltsgebiete bei der Regionalplanung, Gewerbegebiete, Industriegebiete, natürlich auch Gebiete entlang der Bahntrassen und Autobahnen, Repowering-Projekte, militärische Übungsplätze und dergleichen mehr.

Daran kann man schon sehen, dass wir durchaus flexibel waren, auch bei den Waldflächen, die Sie angesprochen haben. Der Wald spielt natürlich eine besondere Rolle. Er wirkt oft als eine Art Einhegung. Auch das hatten wir beim letzten Mal schon besprochen. Wir haben auch im Nachgang versucht, sehr konkret Beispiele zu besprechen. So oder so ist es etwas anderes, wenn eine Windkraftanlage im Wald steht, als wenn sie einem direkt vor das Haus gebaut wird.

Mit anderen Worten: Die starre 10-H-Regelung, die wir 2014 einmal hatten, gibt es schon längst nicht mehr. Wir haben zielgerichtet geöffnet, um neue Potenziale zu erschließen. Das ist auch das, was Sie vonseiten der GRÜNEN immer gefordert haben. Gleichzeitig wahren wir aber den Schutz der Menschen, die in der Nähe wohnen. Die Akzeptanz ist ein ganz zentraler Punkt, auf den ich noch einmal abheben möchte. Wenn wir in diesem Bereich vorankommen wollen, brauchen wir auch die Akzeptanz der Menschen vor Ort. Es ist nötig, dass die Bürgerinnen und Bürger mitgehen. Sonst kann eine Energiewende überhaupt nicht gelingen.

Der Gesetzentwurf der GRÜNEN setzt aus unserer Sicht genau hier an der falschen Stelle an. Er unterstellt, die 10-H-Regelung sei ein grundsätzliches Hindernis für den Ausbau der Windenergie. Meine Damen und Herren, das ist schlichtweg falsch. Entscheidend ist nämlich etwas anderes. Darauf würde ich gern noch abheben. In den Windenergiegebieten, die nach dem Windenergieflächenbedarfsgesetz des Bundes ausgewiesen werden, gilt die 10-H-Regelung überhaupt nicht. Das hat der Kollege Stümpfig eben in einem Halbsatz anklingen lassen, glaube ich. Dort greifen wirklich ausschließlich die fachrechtlichen Vorgaben vor Ort, also das Immissionsschutzrecht

und das Naturschutzrecht. Das heißt, sobald Flächen planvoll ausgewiesen sind, wird Windkraft dort eben nicht mehr durch 10 H gebremst. Genau deshalb hat Bayern die Steuerung des Windkraftausbaus den Regionalen Planungsverbänden übertragen; denn sie sind diejenigen vor Ort, die das auch wissen. Die Landräte und Landrätinnen, die Bürgermeisterinnen und die Bürgermeister, die kommunalen Mandatsträger sitzen vor Ort zusammen und wissen, wie es dort genau aussieht.

Jetzt komme ich auf das und würde darauf kurz eingehen: Natürlich gibt es in einzelnen Punkten manches, wo etwas nicht funktioniert. Das landet dann bei uns als Petition, und das muss man sich dann genau anschauen. Aber auch da müssen wir den gleichen Weg gehen, dass wir sagen: Wir haben es den Regionalen Planungsverbänden zur Entscheidung gegeben. Dabei müssen wir bleiben und können nicht von oben reinredigieren. Lieber Herr Stümpfig, letztlich ist das das, was auch Sie wollen.

Für Bayern gilt: Ende 2027 müssen 1,1 % der Landesfläche für Windenergie ausgewiesen werden. Bis 2032 sind es dann 1,8 %. Herr Stümpfig hatte eben gesagt, das sei ja nur in einem bestimmten Bereich schon geschehen und nur für ungefähr die Hälfte.

Wenn man es sich genau anschaut, stellt man fest, es sind 18 von 14 Regionalplänen so weit fortgeschritten, dass sie das Zwischenziel von 1,1 % bereits erreicht oder schon übererfüllt haben. Die restlichen Regionen stehen kurz vor dem Abschluss.

Vor diesem Hintergrund müssen wir uns dann einfach ehrlich fragen: Wollen wir mitten in einer Planung, die gerade läuft, wo sich sehr, sehr viele Menschen sehr viele Gedanken gemacht haben, miteinander geredet haben, miteinander gerungen haben – jeder einzelne Mandatsträger, der vor Ort tätig ist, weiß, wie viele Gespräche es dazu gegeben hat, wie viele Kompromisse natürlich auch gefunden wurden –, wollen wir da alles wieder quasi auf null stellen, indem wir das einfach ad acta legen und dann gleichzeitig wieder ein – ich muss es so sagen – Bürokratiemonster darüber legen? Wollen wir also ein funktionierendes System quasi über den Haufen werfen?

Das würde vor Ort nur Verunsicherung mit sich bringen und absolut nicht zielführend sein – auch nicht für das, was die GRÜNEN wollen. Es entstünden neue Rechtsfragen, neue Unsicherheiten, neue Abstimmungsprozesse. Das bedeutet am Ende des Tages auch zusätzlich Bürokratie – das Gegenteil von dem, was wir wollen und was wir brauchen.

Der Gesetzentwurf würde also weder den Ausbau beschleunigen noch die Planung vereinfachen. Deswegen kommen wir zum Schluss, dass wir dem nicht zustimmen können.

Und damit schenke ich Ihnen einfach diese Redezeit. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Danke schön, Frau Kollegin. Es liegen zwei Meldungen zu einer Zwischenbemerkung vor. Zunächst hat der Abgeordnete Gerd Mannes, AfD-Fraktion, das Wort. Bitte.

**Gerd Mannes (AfD):** Frau Schack, die Staatsregierung hat festgestellt, dass wir in Bayern bei vielen Ausschreibungen bei der Windkraft nicht zum Zug kommen. Das ist auch logisch, weil wir hier wesentlich weniger Wind als woanders haben.

**Jenny Schack (CSU):** Bitte was? Können Sie das wiederholen?

**Gerd Mannes (AfD):** Trotzdem am 09.03. ein Artikel im BR; ich darf den Herrn Söder zitieren, der sagt, wir brauchen hier in Bayern bis 2030 unbedingt 1.000 zusätzliche Windräder. Die Frage an Sie wäre, wo Sie denn die 1.000 zusätzlichen Windräder in Bayern genau aufstellen wollen – und wie viel davon im Landkreis Günzburg?

**Jenny Schack (CSU):** Aber, Herr Mannes, das ist eine wunderbare Frage. Danke, dass Sie das fragen. Einmal bringen Sie die Sachen wieder durcheinander. Sie haben eben so genuschelt, dass ich einen Teil Ihrer Frage nicht verstanden habe; das ist

nicht böse gemeint. Ich versuche, das, was ich akustisch verstanden habe, Ihnen noch einmal darzulegen.

Ich persönlich stelle gar keine Windräder auf, sondern ich kämpfe, wie Sie wissen, dafür, dass Windräder dort, wo sie sinnvoll sind, natürlich stehen dürfen, aber da, wo sie nicht sinnvoll sind, wegkommen. Ich glaube, da habe ich gerade im Landkreis Günzburg einen – wenn ich das sagen darf – relativ großen Erfolg erzielt. Das ist das eine. Ich glaube, dass wir da wirklich mit Maß und Augenmaß vorgehen müssen.

Sie, Herr Mannes, wollen null Windräder haben. Das verstehe ich, aber gleichzeitig müssen wir halt auch darauf schauen, wie wir unsere Energieversorgung sicherstellen – und das wird nicht allein mit Gas aus Russland möglich sein; das wollen wir ganz bestimmt nicht. Insofern werden wir schauen, dass wir in jeglichem Bereich mit Maß und Augenmaß vorgehen.

Jetzt könnte ich noch das andere machen, wenn ich die Zeit habe. Wir haben im Bundesrat – –

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Haben Sie nicht.

**Jenny Schack (CSU):** Schade!

(Heiterkeit)

Dann mache ich die Sonderausschreibung im Bundesrat bei der nächsten Frage.

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Danke schön. Ja, genau. – Es gibt noch eine Zwischenbemerkung. Dazu hat das Wort der Kollege Martin Stümpfig, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Martin Stümpfig (GRÜNE):** Frau Kollegin Schack, weil Sie die Rolle von 10 H gerade noch einmal so positiv dargestellt haben: Wir hatten im Jahr 2013 400 Genehmigungsanträge für Windräder, und dann ging es schlagartig runter. Wir hatten die letzten neun Jahre einstellige Zahlen. Erst mit dem Wind-an-Land-Gesetz von Robert Habeck ging

es dann im Jahr 2024 wieder hoch. Wenn wir diese Delle nicht gehabt hätten, dann hätten wir heute 2.000 Windräder mehr. Das wäre also die Chance gewesen.

Meine Frage an Sie: Sie sagen immer noch "Schutzverordnung". Wir haben ein Bundes-Immissionsschutzgesetz. Danach habe ich damals als Umweltingenieur auch bei der Stadt Ansbach genehmigt. Das gibt es. Also, immer wieder zu sagen, wir seien dann schutzlos – das geht immer auch in Richtung AfD – – Dass Sie das noch nicht verstanden haben!

Es gibt eine bundesrechtliche Vorgabe, wie weit die Windräder weg sein müssen, welche Schallemissionen, welcher Schattenwurf. Das ist alles geregelt. Da brauchen wir kein 10 H. Deswegen wäre es so wichtig, das abzuschaffen und Ihre Tonalität einfach einmal zu ändern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Jenny Schack (CSU):** Lieber Herr Stümpfig, wir reden da immer über das Gleiche. Wir schützen die Menschen mit 10 H ganz bestimmt. Und natürlich haben wir an einigen Punkten – das habe ich eben auch ausgeführt –, wo geplant wird, auch kein 10 H mehr. Wir haben das da reduziert, wo wir gesagt haben, es ergibt keinen Sinn. Damit ist das irgendwann eh obsolet.

Selbst wenn wir Ihrem Gesetzentwurf und all diesen Sachen jetzt zustimmen würden,

(Martin Stümpfig (GRÜNE): Die Chance hättet ihr gehabt! – Johannes Becher (GRÜNE): Überflüssiges soll man abschaffen!)

dann wäre es schon allein zeitlich überholt, weil die Planungsverbände dann einfach geplant haben und damit die 10-H-Regelung eh obsolet ist. Deswegen werden wir das entspannt auslaufen lassen, weil wir wissen, da ist die Planung gesichert, anstatt jetzt etwas Neues draufzupropfen, was Sie gerne hätten, was nur Bürokratie bedeutet und womit wir vor Ort überhaupt nichts anfangen können.

Das heißt, Sie wollen etwas, was nur Verwaltungsarbeit schafft, anstatt zu sagen, nein, wir sind jetzt auch gerade für die Windkraft auf der Zielgeraden. Das ist das, was Sie nicht sehen und nicht einsehen wollen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Herzlichen Dank. – Nächster Redner ist für die AfD-Fraktion der Abgeordnete Florian Köhler. Bitte, Sie haben das Wort.

(Beifall bei der AfD)

**Florian Köhler (AfD):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, sehr geehrte Damen und Herren! Wieder einmal stehen wir hier und müssen uns mit dem neuesten grünen Schwachsinn auseinandersetzen. Die GRÜNEN wollen die 10-H-Abstandsregelung komplett abschaffen, die Regel, die einen Mindestabstand von zehnfacher Anlagenhöhe zu Wohngebäuden vorschreibt.

(Johannes Becher (GRÜNE): Was ist das eigentlich für eine Tonalität?)

– Wir müssen uns von Ihnen ganz andere Dinge anhören! Nicht so viel Mimimi!

(Johannes Becher (GRÜNE): Haben Sie kein inhaltliches Argument mehr?)

Stattdessen soll nur noch ein pauschaler Abstand von 800 Metern gelten. Das nennen die GRÜNEN neuerdings "Lösung". Ich nenne es einen Frontalangriff auf die Lebensqualität der bayerischen Bürger, einen Frontalangriff auf unsere Heimat und einen Frontalangriff auf die Eigentümer von Immobilien und Grundstücken.

(Beifall bei der AfD)

Die GRÜNEN wollen mit einem Federstrich mal soeben die letzte Schutzmauer einreißen, die zwischen dem Windrad und dem Menschen steht.

(Johannes Becher (GRÜNE): Das ist doch inhaltlich falsch!)

Zehnmal die Höhe – das war nicht irgendeine bürokratische Hürde, wie es der Gesetzesentwurf hier zynisch behauptet.

(Florian von Brunn (SPD): Doch! Natürlich!)

Das war der Mindestabstand, damit unsere Bürger nicht im Dauerlärm, im Schattenwurf und mit Wertverlust ihrer Häuser leben müssen.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Immissionsschutzgesetz!)

– Meine Damen und Herren, entspannen Sie sich! Ich weiß, die Kommunalwahl war nicht sehr erfolgreich für Sie und die Wahl in Baden-Württemberg auch nicht.

(Beifall bei der AfD – Johannes Becher (GRÜNE): Baden-Württemberg war bedauerlich, das stimmt! – Heiterkeit bei den GRÜNEN)

– Für den Herrn von Brunn nicht!

Sie wollen also die gesamte Regelung kippen, damit die Monster noch näher an Dörfer, Höfe und Gärten rücken können. Das ist eben keine Entbürokratisierung, das ist eine Enteignung der bayerischen Landbevölkerung – und das auf Raten.

Und wissen Sie – zumindest ist das mein Eindruck –, was die GRÜNEN wirklich wollen? – Bayern zum größten Windradfriedhof in Europa machen. Erst haben sie die Wälder geopfert, und jetzt sollen eben die Dörfer und die Höfe daran glauben. Wenn ich dann von rentableren Standorten außerhalb der Wälder lese, was Sie da zumindest hineinschreiben; meine Damen und Herren, das weiß eigentlich jeder: Windkraft ist kein Klimaschutz, das ist ein Subventionsgrab.

Und wenn ich mir Bayern anschau: Zur Bruttostromerzeugung in Bayern haben Ihre tollen Windräder 2024 8,5 % beigetragen. Meine Damen und Herren, das ist viel zu teuer. Windkraft liefert nur Strom, wenn der Wind weht, nicht dann, wenn die Menschen ihn brauchen, und geht an der Realität der Menschen schlicht und ergreifend völlig vorbei.

Und dann wundern Sie sich, wenn die Akzeptanz für Windkraft in den Keller rauscht. Die Akzeptanz ist schon lange weg, weil die Menschen merken: Das ist eben kein Klimaschutz, das ist Landschaftszerstörung, das ist Enteignung und pure Ideologie.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Was raucht ihr eigentlich?)

Deutschland hat bereits die teuerste Energie Europas, obwohl doch Wind und Sonne keine Rechnung schreiben.

– Herr Schuberl, als THC-Toni im Landtag bekannt: Ich rauche im Gegensatz zu Ihnen nichts.

Und wenn ich mir jetzt den Netzausbau anschau: Sie wollen hier weitere Windräder bauen, derweil ist derzeit ja selbst der Netzausbau nicht gerade von Erfolg gekrönt. Während anderswo grundlastfähige Kraftwerke laufen, betreiben die GRÜNEN hier ein Experiment mit der Versorgungssicherheit unseres Landes – und wir Bayern sollen die Versuchskaninchen sein. Statt eben endlich auf Versorgungssicherheit und grundlastfähige Kraftwerke zu setzen, wollen Sie mit Ihren 800 Metern Abstand noch mehr von diesen nutzlosen Riesen in die Prärie setzen.

Die 10-H-Regelung ist unserer Meinung nach sinnvoll, weil sie die Menschen schützt. Die bayerische Heimat ist eben kein Experimentierfeld für Klimafanatiker. Die Bürger haben ein Recht auf Ruhe, auf ihre heimische Landschaft und auf bezahlbaren Strom und wollen keine grüne Symbolpolitik, die am Ende nur teurer und unsicherer wird. Das ist unsere Meinung. Die umgesetzte Energiewende ist und bleibt ein Irrweg, der nur eines produziert, nämlich Armut, Abhängigkeit und Landschaftszerstörung,

(Johannes Becher (GRÜNE): Abhängigkeit ist gut!)

und genau diesen Irrweg wollen die GRÜNEN jetzt mit diesem Antrag in Bayern zementieren. – Ja, Abhängigkeit ist ein gutes Stichwort.

(Johannes Becher (GRÜNE): Von wem sind wir jetzt abhängig?)

– Das ist ein gutes Stichwort. Wir sind für die Energiewende – das vergessen Sie, das vergisst dieser Teil des Landtags immer wieder – in Gas und dergleichen eingestiegen. Man hat Gas als Brückentechnologie für den Kernausstieg gesehen. Das war Rot-Grün, das war das Kabinett unter Schröder.

(Widerspruch der Abgeordneten Gülseren Demirel (GRÜNE) und Stephanie Schuhknecht (GRÜNE))

– Doch, doch. Das können Sie nachlesen. Sie haben uns in diese Abhängigkeit von Russland eigentlich überhaupt erst gebracht.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Genau diesen Irrweg wollen die GRÜNEN jetzt mit diesem Gesetzentwurf in Bayern zementieren. Weil wir auf der Seite der Vernunft, auf der Seite der bayerischen Bürger stehen, lehnen wir diesen Gesetzentwurf mit aller Entschiedenheit ab.

(Beifall bei der AfD)

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Danke schön. – Herr Abgeordneter Köhler, Sie haben vorher den Begriff "Schwachsinn" verwendet. Ich habe Sie nicht unterbrochen, weil Sie das nicht gegen einzelne Personen gerichtet haben. Ich möchte trotzdem darauf hinweisen, dass dieser Sprachgebrauch aus meiner Sicht unangemessen ist. Es geht hier um eine Intelligenzminderung, und dieser Begriff wird wertend und diskriminierend gebraucht,

(Zurufe von der AfD)

und ich glaube, das hat hier im Hohen Hause nichts zu suchen. Das nur für die Zukunft.

Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Kollegen Josef Lausch, FREIE WÄHLER, vor, dem ich hiermit das Wort erteile.

**Josef Lausch (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrter Herr Köhler, Sie sprechen hier von Verstand usw.

**Florian Köhler (AfD):** Von was?

**Josef Lausch (FREIE WÄHLER):** Da muss man ein bisschen schmunzeln; ich habe aber eine Frage: Sie haben vom Frontalangriff auf die Bürger, auf die Immobilienpreise usw. gesprochen, wenn ein Windrad in der Nähe errichtet wird. Jetzt stelle ich Ihnen die Frage, was Sie wählen würden. Nachdem Sie der Atomkraft das Wort reden und auch die AfD das favorisiert, stehen Sie bei Ihnen im Landkreis, von mir aus auch bei Ihnen in der Nachbarschaft, in Ihrer Heimatgemeinde, vor der Wahl, ein Windrad oder ein Atomkraftwerk zu errichten. Was würden Sie wählen?

**Florian Köhler (AfD):** Herr Lausch, die Frage stellt sich so gar nicht, weil bei der Atomkraft leider Gottes mehr oder weniger die kommerzielle Nutzung verboten worden ist. Daran waren aber nicht wir beteiligt; aber wenn Sie mich fragen – andernfalls würden wir uns überflüssig machen –:

(Florian von Brunn (SPD): Der einzige sinnvolle Vorschlag bisher!)

Wir versprechen vor einer Wahl nichts, was wir danach nicht halten können. Wenn Sie mich fragen, dann würde ich mich jederzeit für Kernkraft und Kernkraftwerke auch in meinem Landkreis starkmachen – ja, selbstverständlich. Meine Damen und Herren, ich habe keine Angst vor dem Votum der Bürger. Im Gegenteil: Sie geben uns, zumindest im Landkreis Bamberg, nach den jüngsten Ergebnissen der Kommunalwahl weiter recht. Glauben Sie mir: Die Sorge, die Sie hier umtreibt, teile ich nicht.

(Beifall bei der AfD)

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Martin Behringer für die FREIEN WÄHLER. Bitte, Sie haben das Wort.

**Martin Behringer (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, verehrte Damen und Herren! Die 10-H-Regelung ist seit Jahren ein viel diskutiertes Instrument in der bayerischen Energiepolitik. In der öffentlichen Debatte wird immer wieder behauptet, dass der Ausbau der Windkraft damit verhindert wird. Im Gesetzentwurf der GRÜNEN steht, dass die 10-H-Regelung vollständig abgeschafft werden soll; aber so einfach ist es nicht. Ein Blick auf die aktuellen Zahlen zeigt ein differenziertes Bild. Wenn man sich die Zahlen zum Windkraftausbau zum Beispiel im Jahr 2025 anschaut, stellt man fest, dass 17 Windenergieanlagen mit rund 82,5 Megawatt Leistung ans Netz gegangen sind. Auch im Januar ist eine weitere Anlage ans Netz gegangen.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Diese Zahlen hören sich vielleicht am Anfang etwas gering an; aber man muss auch berücksichtigen, dass die Planung und die Realisierung von Windenergieprojekten lange dauern.

(Zuruf)

Viele Projekte sind in der Vorbereitung. Es wird immer behauptet, es passiert nichts, es kommt nichts, es tut sich nichts. – 315 genehmigte Anlagen entstehen, ein Teil davon wartet auf die Entscheidung der Bundesnetzagentur, und 719 Anlagen sind im Genehmigungsverfahren. Kollege Stümpfig, ich glaube, das sind sehr viele Anlagen, und man kann dann nicht immer sagen: Die 10-H-Regelung verhindert alles, die 10-H-Regelung bügelt alles weg. – Das stimmt einfach nicht. Der Ausbau der Windenergie steht nicht still. Das muss man der Wahrheit halber auch einmal sagen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Mit dem Windenergieflächenbedarfsgesetz haben wir ein gutes und ein klares Instrument für den Windkraftausbau. Sie verteufeln die Regionalverbände immer wieder und unterstellen ihnen, sie könnten es nicht. Sie sagen, die machen alles verkehrt. – Da

muss ich ganz ehrlich sagen: Ich habe da volles Vertrauen in die Regionalverbände. Hier haben die Bürger die Möglichkeit, ihre Bedenken anzumelden. Die Gemeinden können ihre Bedenken anmelden. Diese zu übergehen, ist einfach falsch und nicht richtig. Darum ist es gut, wenn es Planungssicherheit für unsere Bürger, für die Kommunen, für die Natur- und Landschaftsschutzverbände und natürlich auch für die Investoren gibt.

Gerade im ländlichen Bereich, wo die Windenergieanlagen nicht gerade einen positiven Ruf haben, muss man die Leute mitnehmen. Wir müssen sensibel mit diesem Thema umgehen, weil das erzeugte Landschaftsbild – gerade auch im Tourismusbereich – nicht gerade positiv angesehen ist. Diese Sorgen muss man einfach ernst nehmen. Ich glaube, das kann man nicht schaffen, wenn man einfach irgendetwas darüberstülpt und sagt: Jetzt habt ihr irgendetwas zum Akzeptieren. – Hier braucht es Akzeptanz in der Energiewende.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die müssen wir erhalten. Nur so können wir die Energiewende auf Dauer bewältigen. Da möchte ich auch noch ein Beispiel nennen. Es geht jetzt zwar nicht um Windenergie, aber um den Ausbau der Wasserkraft. Da muss ich ganz ehrlich sagen: Ihr stellt euch als GRÜNE da vorne hin und sagt: Wir sind für die Energiewende, wir wollen alternative Energien. – Dann wird alles verhindert, wenn es zum Beispiel um die Wasserkraft und darum geht, diese besser zu nutzen und besser auszubauen. Das halte ich auch nicht für richtig. Das ist eine Scheinheiligkeit. Wenn, dann muss man alles im Blick haben und nicht nur einen kleinen Teil.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie des Abgeordneten Martin Wagle (CSU))

Ich bin nach wie vor der Meinung: Windenergie ist wichtig, aber nur dort, wo sie auch wirklich sinnvoll ist – da muss gut geplant werden –, kann man sie auch dementsprechend umsetzen. Aber es braucht da klare Regelungen und nichts anderes.

Die 10-H-Regelung wurde bereits weiterentwickelt. Sie enthält heute Ausnahmen und ist nicht mehr so starr wie früher – so wie Sie das am Anfang auch behauptet haben. Ich bin nach wie vor der Meinung, dass die Energiewende nur gelingen kann, wenn wir die Menschen vor Ort mitnehmen und das Ganze auch von den Menschen vor Ort getragen wird. Wir brauchen dazu Planungssicherheit, klare Regeln, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Ausbau und Akzeptanz, und deshalb werden wir diese Gesetzesänderung auch weiterhin ablehnen – so wie in der Ersten Lesung auch.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Herr Kollege, es gibt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung. Dazu hat der Kollege Martin Stümpfig von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte.

**Martin Stümpfig (GRÜNE):** Herr Kollege Behringer, ich wäre dafür, dass man die Regionalen Planungsverbände weiter unterstützt und ihnen zum Beispiel sagt, wie viel Prozent sie erreichen müssen. Das würde Donau-Wald zum Beispiel massiv helfen, wenn bekannt wäre, ob es 1,4 oder 1,8 % sind. Warum macht ihr als FREIE WÄHLER das nicht? Das ist doch wirklich ein Manko.

Der zweite Punkt ist: Bayern hat es einfach verpennt. Durch das Wind-an-Land-Gesetz haben wir jetzt flächendeckend in Deutschland viele genehmigungsreife Windanlagen. 50 GW-Anlagen stehen heute und heuer bereit. In den Ausschreibungen sind aber nur 10 GW vorhanden. Die werden sich jetzt alle auf die Ausschreibungen stürzen, und da wird Bayern kaum zum Zug kommen, weil ihr das Ganze mit der 10-H-Regelung verschlafen habt. Wir hätten schon so viele Windräder bauen können, haben es aber nicht geschafft, und deswegen muss doch jetzt alles dafür gemacht werden, dass man wenigstens jetzt etwas aufholt.

Der erste Punkt wäre, 10 H abzuschaffen. Der zweite Punkt wäre, die Flächenziele runterzubringen. Der dritte Punkt wäre zum Beispiel, auf Bundesebene das EEG und das Netzpaket zu ändern. Das sind so viele Maßnahmen, wo ihr einfach wenig tut.

**Martin Behringer (FREIE WÄHLER):** Kollege Stümpfig, ich weiß jetzt nicht genau, welche Frage ich jetzt beantworten soll.

(Josef Lausch (FREIE WÄHLER): Das war keine Frage!)

Du hast jetzt eigentlich eine eigene Antwort gegeben. Ich muss ganz ehrlich sagen: Die Regionalen Planungsverbände wissen sehr wohl, wie viele Prozent der Fläche sie ausweisen müssen. Da müsst ihr euch vielleicht auch einmal gescheit erkundigen. Der Wirtschaftsminister hat das auch mehrfach in Pressemitteilungen gesagt. Ich glaube, mehr gibt es dazu nicht zu sagen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Der nächste Redner ist der Abgeordnete Florian von Brunn für die SPD-Fraktion. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

**Florian von Brunn (SPD):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, verehrte Damen und Herren! Ich weiß nicht, was ich zu dem sagen soll, was hier immer wieder von der AfD vorgetragen wird. Ich sage vielleicht so viel: Wenn Sie Gas wollen, wenn Sie Atomkraft und ein autoritäres Regime wollen, dann können Sie doch einfach zu Ihrem Freund Putin nach Russland übersiedeln. Dann müssten Sie uns doch hier nicht im Landtag mit Ihren absurden Vorschlägen und Fake News, die Sie immer verbreiten, nerven. Das also als ganz klare Worte einfach mal an Sie. Was Sie hier vorgetragen haben, war in großen Teilen tatsächlich schlichtweg falsch.

Die günstigste Form der Stromproduktion kommt aus Sonne und Wind. Deswegen sind wir auf dem richtigen Weg. Ich kann Ihnen das auch gerne noch einmal erläutern. Natürlich hätte man während der Energiekrise, die Ihr Freund Putin durch seinen Angriffskrieg gegen die Ukraine ausgelöst hat, die alten Atomkraftwerke in Deutschland länger laufen lassen können. Aber irgendwann kommt so ein Atommeiler an das Ende seiner Lebenszeit. Das Metall im Reaktorkern, der Stahl, wird spröde. Dann muss er neu gebaut werden.

Schauen Sie doch bitte, was Atomkraftwerke heute kosten. Sie sind so unermesslich teuer, dass wir bei 30 oder sogar 40 Cent bei den Stromgestehungskosten pro Kilowattstunde landen. Wir können Atomkraft heute nicht mehr billig bauen! Und das ist ein schlagendes Argument, ganz abgesehen von der Sicherheitsfrage und abgesehen von der ungeklärten Frage der Endlagerung des Atommülls. Es ist viel sinnvoller und für den Wettbewerb besser, auf erneuerbare Energien zu setzen.

Es gibt – das weiß die AfD aber nicht, weil sie sich inhaltlich nie seriös mit Themen auseinandersetzt –

(Zuruf von der AfD)

eine aktuelle Studie der Forschungsstelle für Energiewirtschaft, die deutlich gemacht hat: Wenn wir in Bayern und Baden-Württemberg, also in Süddeutschland, deutlich mehr Windräder hätten, dann könnten wir an sogenannten Redispatch-Kosten fast 2 Milliarden Euro jährlich sparen. Also ist doch die Frage berechtigt: Wie kommen wir zu mehr Windrädern in Bayern? Wir brauchen einen Zubau von Windrädern, weil es so ist, dass man mit Photovoltaik allein, gewissermaßen nur auf einem Bein, sehr wackelig steht, weil die Sonne nur tagsüber liefert und nicht während der kältesten Wintermonate, während der man keinen Ertrag hat. Deswegen braucht man ergänzend die Windkraft, die genau dann liefert, wenn die Sonne nicht scheint bzw. Strom erzeugt.

Erstens. Natürlich ist es ein gutes Recht der GRÜNEN, sich darüber Gedanken zu machen, wie wir zu einem besseren Ausbau kommen – übrigens auch zu einer größeren Bürgerverträglichkeit. Eine Aufhebung der 10-H-Regelung würde dazu führen, dass Windräder bürgerträglicher gebaut werden könnten, weil sie nicht nur in bestimmten Gebieten gebaut werden könnten, sondern weil man mehr Optionen hat.

Zweitens schafft die 10-H-Regelung Ungerechtigkeiten: Bei dem einen ist das Windrad aufgrund der 10-H-Regelung zwei Kilometer weit weg. Bei dem anderen ist es aber nur 1.000 Meter weit weg, weil dort bestimmte Bedingungen gelten, die anderswo

nicht gelten. Ich glaube, niemand will, dass wir mit zweierlei Maß messen. Deswegen unterstützen wir tatsächlich den Vorschlag der GRÜNEN, dass man die 10-H-Regelung aufhebt, weil es den Prozess insgesamt besser machen würde, wenn wir mehr Windkraft bekommen würden. Verbesserungen ergäben sich auch für die Energieversorgung und die Ökonomie. Das würde Bayern wirklich guttun. Deswegen stimmen wir dem Gesetzentwurf zu.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Zu einer Zwischenbemerkung hat sich der Abgeordnete Matthias Vogler von der AfD-Fraktion gemeldet.

**Matthias Vogler (AfD):** Herr Kollege von Brunn von der SPD, ich stelle Ihnen mal die Frage, wie Sie dazu stehen: Laut einer Anfrage der Staatsregierung bzw. unserer Fraktion an die Staatsregierung haben im Zeitraum 2013 bis 2023 über 255 Klagen von Bürgerinitiativen gezeigt, dass die Leute Windräder ablehnen. Sie wollen sie nicht. Sie möchten keine Windräder vor Ort.

Außerdem ist es auch so – weil Sie ja sagen, alle sollen gleichberechtigt sein –: Das RWI hat 2,7 Millionen Verkaufsobjekte geprüft. Das hat ergeben, dass Gebäude bei Windrädern im Umkreis von einem Kilometer um 7 % an Wert verlieren. Die SPD ist doch angeblich mal die Partei der kleinen Leute, der Bürger, gewesen. An Umfragen sieht man, dass sie immer weniger davon sind und vielleicht irgendwann gar nicht mehr hier im Landtag sind. Das wäre auch sehr schön. Aber wie wollen Sie diese Vermögensverluste der Bürger rechtfertigen? Was sagen Sie dazu, dass die Leute Windräder eigentlich nicht wollen?

(Zuruf von der AfD: Weil sie ihm wurscht sind!)

Wie kommen Sie dazu, dass Sie weiterhin darauf beharren und das von den GRÜNEN eingebrachte Ansinnen unterstützen? Das ist für mich nicht nachvollziehbar.

**Florian von Brunn (SPD):** Es gibt mehrere repräsentative Umfragen, die zeigen, eine Mehrheit der Deutschen sowohl in Deutschland als auch in Bayern befürwortet den Ausbau der Windkraft. Das ist die Faktenlage. So stellt sich das unbenommen der Bürgerinitiativen dar.

Das Wirtschaftsministerium hat im Zuge einer Petition im Wirtschaftsausschuss vor Kurzem dargelegt, dass dieser Rückgang des Werts eines Grundstücks oder Gebäudes – übrigens werden die meisten Grundstücke ja nicht zu dem Zeitpunkt verkauft, wenn ein Windrad gebaut wird – nur vorübergehend ist, weil man aus anderen Bundesländern weiß, dass sich der Preis wieder einpendelt.

Ich sage Ihnen aber noch etwas ganz anderes: Ihr Kollege Köhler hat ja gerade eben nicht die Frage beantwortet, ob er in seinem eigenen Landkreis oder vor seiner eigenen Haustür ein Atomkraftwerk haben will.

(Zurufe von der AfD)

Ich glaube, dass die Bürger in seinem Landkreis keine Atomkraftwerke vor ihrer Haustür wollen. Ich will dagegen schon, dass es Industrie und Gewerbe in Bayern weiterhin gibt. Deswegen brauchen wir eine Energieversorgung. Wir hatten heute ein Parlamentarisches Frühstück mit Vertretern aus der Chemieindustrie. Wacker in Burghausen setzt auf den Ausbau der Windkraft, weil sie sie für ihren Industriebetrieb brauchen. Wenn Sie keine Arbeitsplätze mehr in Bayern wollen und lieber bei Putin Gas kaufen wollen, dann ist das ein Problem der AfD. Wir machen es aber anders.

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung empfiehlt den Gesetzentwurf zur Ablehnung. Der endberatende Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration empfiehlt ebenfalls Ablehnung.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 19/8721 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der AfD. Stimmenthaltungen? – Gibt es nicht. Damit ist der Gesetzentwurf abgelehnt.